

# Gesetz- und Verordnungsblatt

## für das Land Hessen

2021	Ausgegeben zu Wiesbaden am 21. Dezember 2021	Nr. 54
Tag	Inhalt	Seite
09.12.21	<b>Gesetz über die Ermächtigung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Gebäudeenergiegesetz</b> ..... <i>FFN 361-129</i>	870
08.12.21	<b>Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVAnpG 2022/2023)</b> ..... <i>Ändert FFN 323-153, 323-154; FFN 323-173; ändert FFN 320-199; FFN 323-174; ändert FFN 333-7, 323-159, 353-165</i>	871
09.12.21	<b>Gesetz über den Beitritt des Landes Hessen zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung</b> ..... <i>FFN Anhang Staatsverträge</i>	895

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz über die Ermächtigung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Gebäudeenergiegesetz\*)**

**Vom 9. Dezember 2021**

§ 1

Verordnungsermächtigung

Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Ausführung des Gebäudeenergiegesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) in der jeweils geltenden Fassung und der aufgrund dieses Gesetzes ergehenden Rechtsverordnungen zuständigen Behörden der Gemeinden und Gemeindeverbände zu bestimmen

sowie Regelungen über damit verbundene Kostenfolgen oder einen Ausgleich im Falle der Mehrbelastung oder Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände zu treffen.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.

Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2021

Der Hessische Ministerpräsident

Bouffier

Der Hessische Minister  
für Wirtschaft, Energie, Verkehr  
und Wohnen

Al-Wazir

\*) FFN 361-129

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVAnpG 2022/2023)**

**Vom 8. Dezember 2021**

**Artikel 1<sup>1)</sup>**

**Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes**

Das Hessische Besoldungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2021 (GVBl. S. 718, 720), wird wie folgt geändert:

1. § 16 Abs. 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Ab 1. August 2022 erhöhen sich um 2,2 Prozent

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen,
4. die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 13 der Anlage I und
5. in den Fällen des § 71 die Monatsbeträge der Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. S. 110).

(3) Ab 1. August 2022 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 2,2 Prozent.“

2. In der Anlage I Besoldungsordnungen A und B wird Nr. 8 wie folgt geändert:

- a) Satz 1 bis 3 werden Abs. 1.
- b) Dem Wortlaut wird die Absatzbezeichnung „(1)“ vorangestellt.
- c) Nach dem bisherigen Satz 3 wird als Abs. 2 angefügt:
 

„(2) Beamtinnen und Beamte des Laufbahnzweigs Krankenpflegedienst im mittleren Justizdienst erhalten eine Stellenzulage nach Anlage VII.“

3. Die Anlage VII erhält ab dem 1. Januar 2022 die aus Anhang 1 ersichtliche Fassung. Die Anlagen IV bis VIII erhalten ab dem 1. August 2022 die aus den Anhängen 2 bis 6 ersichtliche Fassung.

**Artikel 2<sup>2)</sup>**

**Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes für das Jahr 2023**

Das Hessische Besoldungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Art. 1, wird wie folgt geändert:

1. § 16 Abs. 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Ab 1. August 2023 erhöhen sich um 1,89 Prozent

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen,
4. die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 13 der Anlage I und
5. in den Fällen des § 71 die Monatsbeträge der Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2021 (GVBl. S. 871).

(3) Ab 1. August 2023 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 1,89 Prozent.“

2. Die Anlagen IV bis VIII erhalten ab dem 1. August 2023 die aus den Anhängen 7 bis 11 ersichtliche Fassung.

**Artikel 3<sup>3)</sup>**

**Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes**

Die Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. S. 110), erhält ab dem 1. August 2022 die aus Anhang 12 ersichtliche Fassung.

**Artikel 4<sup>4)</sup>**

**Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2023**

Die Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Art. 3, erhält ab dem 1. August 2023 die aus Anhang 13 ersichtliche Fassung.

**Artikel 5<sup>5)</sup>**

**Hessisches Versorgungsanpassungsgesetz 2022/2023 (HVAAnpG 2022/2023)**

§ 1

Anpassung der Versorgung

Bei den versorgungsberechtigten Personen im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2021 (GVBl. S. 871), gelten die Erhöhungen nach § 16 Abs. 2 und § 75 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. März 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2021 (GVBl. S. 871), für die dort genannten Bezügebestandteile entsprechend, sofern sie Grundlage der Versorgung sind. Die Erhöhungen nach Satz 1 gelten entsprechend für andere versorgungs-

Anhänge 7-11

Anhang 12

Anhang 13

Anhang 1

Anhänge 2-6

<sup>1)</sup> Ändert FFN 323-153

<sup>2)</sup> Ändert FFN 323-153

<sup>3)</sup> Ändert FFN 323-154

<sup>4)</sup> Ändert FFN 323-154

<sup>5)</sup> FFN 323-173

wirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

## § 2

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2022 in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

### Artikel 6<sup>6)</sup>

#### Änderung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hessische Beamtenversorgungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2021 (GVBl. S. 718), wird wie folgt geändert:

1. § 40 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

20	133 Euro
25 und 30	159 Euro
35 und 40	217 Euro
45 und 50	289 Euro
55 und 60	368 Euro
65 und 70	510 Euro
75 und 80	616 Euro
85 und 90	740 Euro
95 und 100	829 Euro

bb) In Satz 3 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

von 50 bis 65	um 33 Euro
von 70 bis 85	um 40 Euro
von mindestens 90	um 49 Euro

b) In Abs. 2 Satz 1 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

Stufe I	96 Euro
Stufe II	197 Euro
Stufe III	294 Euro
Stufe IV	393 Euro
Stufe V	490 Euro
Stufe VI	591 Euro

2. § 56 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Angabe „95,75“ durch „97,86“ und die Angabe „101,73“ durch „103,97“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Angabe „5,98“ durch „6,11“ und die Angabe „11,98“ durch „12,24“ ersetzt.

c) In Satz 3 wird die Angabe „60“ durch „61“ ersetzt.

3. In § 57 Abs. 4 Satz 2 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma und der Punkt durch die Angabe „sowie Leistungen, die nach § 3 Nr. 11a des Einkommensteuergesetzes steuerfrei sind.“ ersetzt.

### Artikel 7<sup>7)</sup>

#### Änderung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. August 2023

Das Hessische Beamtenversorgungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Art. 6, wird wie folgt geändert:

1. § 40 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

20	136 Euro
25 und 30	162 Euro
35 und 40	221 Euro
45 und 50	294 Euro
55 und 60	375 Euro
65 und 70	520 Euro
75 und 80	628 Euro
85 und 90	754 Euro
95 und 100	845 Euro

bb) In Satz 3 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

von 50 bis 65	um 34 Euro
von 70 bis 85	um 41 Euro
von mindestens 90	um 50 Euro

b) In Abs. 2 Satz 1 wird die Tabelle durch folgende Tabelle ersetzt:

Stufe I	98 Euro
Stufe II	201 Euro
Stufe III	300 Euro
Stufe IV	400 Euro
Stufe V	499 Euro
Stufe VI	602 Euro

<sup>6)</sup> Ändert FFN 320-199

<sup>7)</sup> Ändert FFN 320-199

2. § 56 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „97,86“ durch „99,71“ und die Angabe „103,97“ durch „105,94“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird die Angabe „6,11“ durch „6,23“ und die Angabe „12,24“ durch „12,47“ ersetzt.
- c) In Satz 3 wird die Angabe „61“ durch „62“ ersetzt.

#### Artikel 8<sup>9)</sup>

### Hessisches Gesetz über die Gewährung einer Corona-Sonderzahlung im Jahr 2022 aus Anlass der COVID-19-Pandemie (Hessisches Corona-Sonderzahlungsgesetz - HCorSZG)

#### § 1

##### Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Gewährung einer Sonderzahlung zur Abmilderung der zusätzlichen Belastung durch die COVID-19-Pandemie (Corona-Sonderzahlung).

(2) Die Corona-Sonderzahlung nach diesem Gesetz erhalten:

1. Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Geltungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes mit Ausnahme der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie
2. Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften und ihre Verbände.

#### § 2

##### Höhe und Voraussetzungen für die Entstehung des Anspruchs

(1) Berechtigte nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 erhalten eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro, wenn

- a) am 15. Oktober 2021 ein Dienstverhältnis und
- b) mindestens an einem Tag zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Oktober 2021 ein Anspruch auf laufende Bezüge aus diesem Dienstverhältnis bestand.

(2) Berechtigte nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 erhalten eine weitere Corona-Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro, wenn

- a) am 15. Januar 2022 ein Dienstverhältnis und
- b) an mindestens einem Tag zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 15. Januar 2022 ein Anspruch auf laufende Bezüge aus diesem Dienstverhältnis bestand.

(3) Für Berechtigte nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 beträgt die Corona-Sonderzahlung in den Fällen des Abs. 1 und 2 jeweils 250 Euro.

#### § 3

##### Teilzeit- und Konkurrenzregelungen

(1) Teilzeitbeschäftigte erhalten die Corona-Sonderzahlung entsprechend dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit. § 6 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes gilt entsprechend. In den Fällen des § 2 Abs. 1 sind die Verhältnisse am 15. Oktober 2021 und in den Fällen des § 2 Abs. 2 die Verhältnisse am 15. Januar 2022 maßgebend.

(2) Der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Bezüge zu dem Stichtag zu zahlen hat.

(3) Die Corona-Sonderzahlung bleibt bei der Berechnung sonstiger Besoldungsleistungen unberücksichtigt.

#### § 4

##### Zahlungszeitpunkt

Die Corona-Sonderzahlungen nach § 2 werden mit den Bezügen für den Monat Februar 2022 ausgezahlt.

#### § 5

##### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

#### Artikel 8a<sup>9)</sup>

### Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes

§ 68a des Hessischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2020 (GVBl. S. 915), wird wie folgt gefasst:

#### „§ 68a

##### Übergangsvorschrift für die Durchführung von Direkt- und Wiederholungswahlen im Zuge der Corona-Pandemie

(1) Für Direktwahlen, deren Wahltag vor dem 1. April 2022 bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden ist, müssen Wahlvorschläge abweichend von § 45 Abs. 3 Satz 2 in den in dieser Vorschrift genannten Fällen nur zusätzlich von mindestens so vielen Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie die Vertretungskörperschaft der Gemeinde oder des Landkreises von Gesetzes wegen Vertreter hat.

(2) Für Wiederholungswahlen im ganzen Wahlkreis, deren Wahltag vor dem 1. April 2022 bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden ist, müssen Wahlvorschläge abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 in den in dieser Vorschrift genannten Fällen nur zusätzlich von mindestens so vielen Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie Vertreter zu wählen sind.“

<sup>9)</sup> FFN 323-174  
<sup>9)</sup> Ändert FFN 333-7

**Artikel 9<sup>10)</sup>****Änderung der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung**

§ 4 der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird die Angabe „13,35“ durch „13,64“, die Angabe „15,74“ durch „16,09“, die Angabe „21,61“ durch „22,09“ und die Angabe „29,79“ durch „30,45“ ersetzt.

2. Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 wird die Angabe „20,13“ durch „20,57“,

b) in Nr. 2 wird die Angabe „24,93“ durch „25,48“,

c) in Nr. 3 wird die Angabe „29,59“ durch „30,24“,

d) in Nr. 4 und 5 wird die Angabe „34,56“ durch „35,32“

ersetzt.

**Artikel 10<sup>11)</sup>****Änderung der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung für das Jahr 2023**

§ 4 der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Art. 9, wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird die Angabe „13,64“ durch „13,90“, die Angabe „16,09“ durch „16,39“, die Angabe „22,09“ durch „22,51“ und die Angabe „30,45“ durch „31,03“ ersetzt.

2. Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 wird die Angabe „20,57“ durch „20,96“,

b) in Nr. 2 wird die Angabe „25,48“ durch „25,96“,

c) in Nr. 3 wird die Angabe „30,24“ durch „30,81“,

d) in Nr. 4 und 5 wird die Angabe „35,32“ durch „35,99“

ersetzt.

**Artikel 11<sup>12)</sup>****Änderung der Hessischen Polizeimehrarbeitsvergütungsverordnung**

In § 5 Abs. 1 der Hessischen Polizeimehrarbeitsvergütungsverordnung vom 6. Juli 2016 (GVBl. S. 125), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Dezember 2020 (GVBl. 2021 S. 10), wird die Angabe „15,74“ durch „16,09“, die Angabe „21,61“ durch „22,09“ und die Angabe „29,79“ durch „30,45“ ersetzt.

**Artikel 12<sup>13)</sup>****Änderung der Hessischen Polizeimehrarbeitsvergütungsverordnung für das Jahr 2023**

In § 5 Abs. 1 der Hessischen Polizeimehrarbeitsvergütungsverordnung vom 6. Juli 2016 (GVBl. S. 125), zuletzt geändert durch Art. 11, wird die Angabe „16,09“ durch „16,39“, die Angabe „22,09“ durch „22,51“ und die Angabe „30,45“ durch „31,03“ ersetzt.

<sup>10)</sup> Ändert FFN 323-159

<sup>11)</sup> Ändert FFN 323-159

<sup>12)</sup> Ändert FFN 353-165

<sup>13)</sup> Ändert FFN 353-165

**Artikel 13**

**Zuständigkeitsvorbehalt**

Soweit durch dieses Gesetz Rechtsverordnungen geändert werden, bleibt die Befugnis der zuständigen Stellen, die Verordnungen künftig zu ändern oder aufzuheben, unberührt.

**Artikel 14**

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten

1. Art. 1 Nr. 2 am 1. Januar 2022,
2. Art. 1 Nr. 1, Art. 3, Art. 6 Nr. 1 und 2, Art. 9 und 11 am 1. August 2022,
3. Art. 2, 4, 7, 10 und 12 am 1. August 2023 in Kraft.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.  
Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 8. Dezember 2021

Der Hessische Ministerpräsident  
Bouffier

Der Hessische Minister  
des Innern und für Sport  
Beuth

**Anhang 1**  
**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung**  
**in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass**  
**der COVID-19-Pandemie**  
**(HBesVAnpG 2022/2023)**

Gültig ab 1. Januar 2022

Anlage VII

**Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen**  
(Monatsbeträge)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
<b>Besoldungsordnungen A und B</b>		<b>Besoldungsordnungen A und B</b>	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3      40,95
Nr. 1	379,17		4      75,49
Nr. 2	303,34	A 7	6      50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33		jeweiligen Unter-
Nr. 3 Abs. 6	78,99		schiedsbetrages
			zum Grundgehalt
Nr. 5			der Besoldungs-
A 6 bis A 9	157,99	A 9	1, 2      304,79
A 10 und höher	197,48	A 10	2      336,05
Nr. 6 und 7		A 12	4      177,05
nach einer Dienstzeit		A 13	1, 8, 9      309,74
von einem Jahr	65,60		3, 4      212,35
von zwei Jahren	131,20		5      106,24
Nr. 8		A 14	4      212,35
Abs. 1	131,20	A 15	4      212,35
Abs. 2	120,00	A 16	1, 8      237,50
Nr. 9	39,50	B 9	1      879,91
Nr. 10		Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
mittlerer Dienst	17,56	des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
gehobener Dienst	39,50		Besoldungsgruppe B 4*
Nr. 11		* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 1	78,99	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 2	51,13	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2019	
Abs. 3	76,69	(GVBl. S. 232).	
Abs. 4	76,69	<b>Besoldungsordnung R</b>	
Abs. 5	78,99	Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 12	373,67	R 1	1, 2      234,78
Nr. 13 Abs. 1		R 2	4 bis 10, 12      234,78
Nr. 1		R 3	3      234,78
Buchst. a	21,92	<b>Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B</b>	
Buchst. b	85,74	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
Nr. 2	95,31	Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 3	95,31	A 4	1      75,49
<b>Besoldungsordnung W</b>			2      40,95
Vorbemerkung		A 12	2      177,05
Nr. 4		A 13	1, 3      212,35
wenn ein Amt ausgeübt wird			5      106,24
der Besoldungsgruppe R 1	205,54	A 14	2, 3, 4, 5      212,35
der Besoldungsgruppe R 2	230,08	A 15	1      212,35
<b>Besoldungsordnung R</b>		<b>Hessisches Hochschulgesetz</b>	
Vorbemerkung		§ 101 Abs. 4 Satz 2      260,00	
Nr. 2	76,69		

Anhang 2

zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVAnpG 2022/2023)

Anlage IV

**1. Besoldungsordnung A**

Gültig ab 1. August 2022

**Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)								Endgrund- gehalt (nach 23 Jahren)
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8	
A 5	2 290,54	2 335,69	2 362,28	2 421,32	2 479,18	2 538,22	2 597,23	2 656,25	
A 6	2 341,47	2 397,01	2 451,42	2 518,52	2 587,97	2 655,08	2 730,31	2 793,97	
A 7	2 438,69	2 482,65	2 549,79	2 653,94	2 755,78	2 857,62	2 934,01	3 011,55	
A 8	2 582,17	2 642,37	2 736,10	2 868,05	2 998,81	3 092,55	3 185,13	3 277,72	
A 9	2 737,26	2 799,76	2 903,91	3 050,89	3 182,82	3 292,76	3 392,28	3 488,36	
A 10	2 934,01	2 991,86	3 173,57	3 354,11	3 531,16	3 660,80	3 785,77	3 911,93	
A 11	3 363,37	3 471,00	3 656,16	3 843,65	3 966,32	4 099,67	4 229,43	4 360,06	
A 12	3 607,56	3 744,13	3 966,32	4 188,51	4 338,60	4 500,74	4 658,13	4 817,90	
A 13	4 199,05	4 348,14	4 561,55	4 774,96	4 922,79	5 070,65	5 218,48	5 362,76	
A 14	4 418,49	4 629,52	4 907,32	5 182,72	5 372,30	5 564,23	5 753,80	5 945,77	
A 15	5 419,97	5 588,08	5 777,65	5 968,42	6 157,99	6 346,35	6 534,75	6 721,92	
A 16	5 985,11	6 186,59	6 404,79	6 624,15	6 841,15	7 061,71	7 279,90	7 495,69	
Aufstiegs- intervalle	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	

**2. Besoldungsordnung B****Anlage IV****Gültig ab 1. August 2022****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	6 721,25
B 2	7 819,01
B 3	8 283,72
B 4	8 770,43
B 5	9 328,88
B 6	9 856,18
B 7	10 369,14
B 8	10 903,78
B 9	11 567,62
B 10	13 629,01
B 11	14 160,35

**3. Besoldungsordnung W****Anlage IV****Gültig ab 1. August 2022****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
W 1	4 657,41

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)				
	Stufen mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	5 847,13	6 067,32	6 287,51	6 507,70	6 727,89
W 3	6 483,23	6 727,89	6 984,76	7 241,64	7 496,08

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W L1	6 483,23
W L2	7 094,87
W L3	8 685,07



**Anhang 3**

**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie**

**(HBesVAnpG 2022/2023)**

**Anlage V**

**Gültig ab 1. August 2022**

**Familienzuschlag**

(Monatsbeträge in Euro)

<b>Stufe 1</b> (§ 43 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 2</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 3</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 4</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)
144,01	267,17	390,33	774,07

Der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag beträgt für die ersten beiden zu berücksichtigenden Kinder jeweils 123,16 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 383,74 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um je 6,98 Euro und für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 20,98 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

#### Anhang 4

**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie  
(HBesVAnpG 2022/2023)**

**Anlage VI**

**Gültig ab 1. August 2022**

#### **Anwärtergrundbetrag** (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5	1 134,14
A 6 bis A 8	1 267,95
A 9 bis A 11	1 327,79
A 12	1 482,69
A 13	1 517,95
A 13 + Zulage (Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B)	1 556,64

**Anhang 5**  
**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen**  
**in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-**  
**19-Pandemie**  
**(HBesVAnpG 2022/2023)**

**Gültig ab 1. August 2022**

**Anlage VII**

**Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen**  
 (Monatsbeträge)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
<b>Besoldungsordnungen A und B</b>		<b>Besoldungsordnungen A und B</b>	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3      41,85
Nr. 1	379,17	4	77,15
Nr. 2	303,34	A 7	6    50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33	jeweiligen Unter-	schiedsbetrages
Nr. 3 Abs. 6	78,99	zum Grundgehalt	der Besoldungs-
Nr. 5		gruppe A 8	
A 6 bis A 9	157,99	A 9	1, 2      311,50
A 10 und höher	197,48	A 10	2      343,44
Nr. 6 und 7		A 12	4      180,95
nach einer Dienstzeit		A 13	1, 8, 9      316,55
von einem Jahr	65,60	3, 4	217,02
von zwei Jahren	131,20	5	108,58
Nr. 8		A 14	4      217,02
Abs. 1	131,20	A 15	4      217,02
Abs. 2	120,00	A 16	1, 8      242,73
Nr. 9	39,50	B 9	1      899,27
Nr. 10		Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
mittlerer Dienst	17,56	des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
gehobener Dienst	39,50	Besoldungsgruppe B 4*	
Nr. 11		* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 1	78,99	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 2	51,13	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2019	
Abs. 3	76,69	(GVBl. S. 232).	
Abs. 4	76,69	<b>Besoldungsordnung R</b>	
Abs. 5	78,99	Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 12	373,67	R 1	1, 2      239,95
Nr. 13 Abs. 1		R 2	4 bis 10, 12      239,95
Nr. 1		R 3	3      239,95
Buchst. a	22,40	<b>Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B</b>	
Buchst. b	87,63	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
Nr. 2	97,41	Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 3	97,41	A 4	1      77,15
<b>Besoldungsordnung W</b>		2	41,85
Vorbemerkung		A 12	2      180,95
Nr. 4		A 13	1, 3      217,02
wenn ein Amt ausgeübt wird		5	108,58
der Besoldungsgruppe R 1	205,54	A 14	2, 3, 4, 5      217,02
der Besoldungsgruppe R 2	230,08	A 15	1      217,02
<b>Besoldungsordnung R</b>		<b>Hessisches Hochschulgesetz</b>	
Vorbemerkung		§ 101 Abs. 4 Satz 2	
Nr. 2	76,69	260,00	

Anhang 6 zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie  
(HBesVAnpG 2022/2023)

Anlage VIII

Gültig ab 1. August 2022  
Besoldungsordnung C

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C  
Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 697,84	3 823,32	3 948,81	4 074,28	4 201,01	4 328,02	4 457,26	4 586,54	4 715,78	4 845,03	4 974,30	5 103,59	5 232,81	5 362,09	
C 2	3 705,68	3 905,63	4 105,95	4 307,91	4 513,78	4 719,78	4 925,78	5 131,77	5 337,75	5 543,77	5 749,72	5 955,75	6 161,74	6 367,75	6 573,75
C 3	4 068,02	4 296,66	4 529,58	4 762,80	4 996,06	5 229,34	5 462,56	5 695,81	5 929,05	6 162,30	6 395,54	6 628,76	6 862,01	7 095,29	7 328,53
C 4	5 161,14	5 395,60	5 630,11	5 864,59	6 099,07	6 333,53	6 567,99	6 802,44	7 036,93	7 271,38	7 505,87	7 740,33	7 974,82	8 209,26	8 443,75

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen  
(Monatsbeträge) - in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil
<b>Hessisches Besoldungsgesetz</b> § 70 Abs. 4	76,69	<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	Nr. 3 Die Zulage beträgt	<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	Nr. 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	97,41	für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen C 1 C 2 C 3 und C 4	12,5 Prozent des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *) A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2	211,71 236,98 107,45
Nr. 2b					*) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Anhang 7

zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVA nPG 2022/2023)

Anlage IV

**1. Besoldungsordnung A**

Gültig ab 1. August 2023

**Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)								Endgrundgehalt (nach 23 Jahren)
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8	
A 5	2 333,83	2 379,83	2 406,93	2 467,08	2 526,04	2 586,19	2 646,32	2 706,45	
A 6	2 385,72	2 442,31	2 497,75	2 566,12	2 636,88	2 705,26	2 781,91	2 846,78	
A 7	2 484,78	2 529,57	2 597,98	2 704,10	2 807,86	2 911,63	2 989,46	3 068,47	
A 8	2 630,97	2 692,31	2 787,81	2 922,26	3 055,49	3 151,00	3 245,33	3 339,67	
A 9	2 788,99	2 852,68	2 958,79	3 108,55	3 242,98	3 354,99	3 456,39	3 554,29	
A 10	2 989,46	3 048,41	3 233,55	3 417,50	3 597,90	3 729,99	3 857,32	3 985,87	
A 11	3 426,94	3 536,60	3 725,26	3 916,29	4 041,28	4 177,15	4 309,37	4 442,47	
A 12	3 675,74	3 814,89	4 041,28	4 267,67	4 420,60	4 585,80	4 746,17	4 908,96	
A 13	4 278,41	4 430,32	4 647,76	4 865,21	5 015,83	5 166,49	5 317,11	5 464,12	
A 14	4 502,00	4 717,02	5 000,07	5 280,67	5 473,84	5 669,39	5 862,55	6 058,15	
A 15	5 522,41	5 693,69	5 886,85	6 081,22	6 274,38	6 466,30	6 658,26	6 848,96	
A 16	6 098,23	6 303,52	6 525,84	6 749,35	6 970,45	7 195,18	7 417,49	7 637,36	
Aufstiegsintervalle	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	Endgrundgehalt (nach 23 Jahren)

**2. Besoldungsordnung B****Anlage IV****Gültig ab 1. August 2023****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	6 848,28
B 2	7 966,79
B 3	8 440,28
B 4	8 936,19
B 5	9 505,20
B 6	10 042,46
B 7	10 565,12
B 8	11 109,86
B 9	11 786,25
B 10	13 886,60
B 11	14 427,98

**3. Besoldungsordnung W****Anlage IV****Gültig ab 1. August 2023****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
W 1	4 745,44

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)				
	Stufen mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	5 957,64	6 181,99	6 406,34	6 630,70	6 855,05
W 3	6 605,76	6 855,05	7 116,77	7 378,51	7 637,76

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W L1	6 605,76
W L2	7 228,96
W L3	8 849,22



**Anhang 8**

**zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVAnpG 2022/2023)**

**Anlage V**

**Gültig ab 1. August 2023**

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

<b>Stufe 1</b> (§ 43 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 2</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 3</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	<b>Stufe 4</b> (§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)
146,73	272,22	397,71	788,70

Der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag beträgt für die ersten beiden zu berücksichtigenden Kinder jeweils 125,49 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 390,99 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um je 7,11 Euro und für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 21,38 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

### Anhang 9

zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie  
(HBesVAnpG 2022/2023)

### Anlage VI

Gültig ab 1. August 2023

### Anwärtergrundbetrag (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5	1 155,58
A 6 bis A 8	1 291,91
A 9 bis A 11	1 352,89
A 12	1 510,71
A 13	1 546,64
A 13 + Zulage (Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B)	1 586,06

**Anhang 10**  
**zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen**  
**in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-**  
**19-Pandemie**  
**(HBesVAnpG 2022/2023)**

Gültig ab 1. August 2023

Anlage VII

**Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen**  
**(Monatsbeträge)**

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
<b>Besoldungsordnungen A und B</b>		<b>Besoldungsordnungen A und B</b>	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3      42,64
Nr. 1	379,17	4	78,61
Nr. 2	303,34	A 7	6      50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33		jeweiligen Unter-
Nr. 3 Abs. 6	78,99		schiedsbetrages
Nr. 5			zum Grundgehalt
A 6 bis A 9	157,99		der Besoldungs-
A 10 und höher	197,48	A 9	1, 2      317,39
Nr. 6 und 7		A 10	2      349,93
nach einer Dienstzeit		A 12	4      184,37
von einem Jahr	65,60	A 13	1, 8, 9      322,53
von zwei Jahren	131,20		3, 4      221,12
Nr. 8			5      110,63
Abs. 1	131,20	A 14	4      221,12
Abs. 2	120,00	A 15	4      221,12
Nr. 9	39,50	A 16	1, 8      247,32
Nr. 10		B 9	1      916,27
mittlerer Dienst	17,56	Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
gehobener Dienst	39,50	des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
Nr. 11			Besoldungsgruppe B 4*
Abs. 1	78,99	* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 2	51,13	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 3	76,69	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2019	
Abs. 4	76,69	(GVBl. S. 232).	
Abs. 5	78,99	<b>Besoldungsordnung R</b>	
Nr. 12	373,67	Besoldungsgruppen      Fußnote	
Nr. 13 Abs. 1		R 1	1, 2      244,49
Nr. 1		R 2	4 bis 10, 12      244,49
Buchst. a	22,82	R 3	3      244,49
Buchst. b	89,29	<b>Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B</b>	
Nr. 2	99,25	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
Nr. 3	99,25	Besoldungsgruppen      Fußnote	
<b>Besoldungsordnung W</b>		A 4	1      78,61
Vorbemerkung			2      42,64
Nr. 4		A 12	2      184,37
wenn ein Amt ausgeübt wird		A 13	1, 3      221,12
der Besoldungsgruppe R 1	205,54		5      110,63
der Besoldungsgruppe R 2	230,08	A 14	2, 3, 4, 5      221,12
<b>Besoldungsordnung R</b>		A 15	1      221,12
Vorbemerkung		<b>Hessisches Hochschulgesetz</b>	
Nr. 2	76,69	§ 101 Abs. 4 Satz 2      260,00	

Anhang 11 zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (HBesVAnpG 2022/2023)

Anlage VIII

Gültig ab 1. August 2023

Besoldungsordnung C

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C  
Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 767,73	3 895,58	4 023,44	4 151,28	4 280,41	4 409,82	4 541,50	4 673,23	4 804,91	4 936,60	5 068,31	5 200,05	5 331,71	5 463,43	
C 2	3 775,72	3 979,45	4 183,55	4 389,33	4 599,09	4 808,98	5 018,88	5 228,76	5 438,63	5 648,55	5 858,39	6 068,31	6 278,20	6 488,10	6 697,99
C 3	4 144,91	4 377,87	4 615,19	4 852,82	5 090,49	5 328,17	5 565,80	5 803,46	6 041,11	6 278,77	6 516,42	6 754,04	6 991,70	7 229,39	7 467,04
C 4	5 258,69	5 497,58	5 736,52	5 975,43	6 214,34	6 453,23	6 692,13	6 931,01	7 169,93	7 408,81	7 647,73	7 886,62	8 125,54	8 364,42	8 603,34

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen  
(Monatsbeträge) - in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil
<b>Hessisches Besoldungsgesetz</b> § 70 Abs. 4	76,69	<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	Nr. 3 Die Zulage beträgt	<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	Nr. 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b> Vorbemerkung	99,25	Nr. 3 für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen C 1 C 2 C 3 und C 4	12,5 Prozent des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *) A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2	211,71 236,98 107,45
Nr. 2b				C 2 *) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)	

Anhang 12  
zu Art. 3 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie  
(HBesVAnpG 2022/2023)

Anlage 1

**Besoldungsordnung A**

Gültig ab 1. August 2022

**Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
	Überleitungsstufe 1 zu Stufe 1	Überleitungsstufe 2 zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 5	2 226,89		2 290,54	2 303,28	2 335,69	2 362,28	2 421,32	2 471,09	2 518,52	2 535,89	2 579,18	2 600,69	2 538,22	2 665,52	2 597,23		2 656,25
A 6	2 276,86		2 341,47		2 397,01	2 406,28	2 471,09	2 518,52	2 535,89	2 587,97	2 587,97	2 600,69	2 655,08	2 665,52	2 730,31		2 793,97
A 7	2 371,55	2 429,42	2 438,69		2 482,65	2 511,60	2 592,60	2 673,62	2 653,94	2 755,78	2 857,62	2 836,79	2 857,62	2 894,66	2 934,01	2 952,52	3 011,55
A 8	2 512,74		2 582,17		2 642,37	2 686,34	2 790,51	2 894,66	2 868,05	2 998,81	2 998,81	3 068,25	3 092,55	3 137,68	3 185,13	3 208,28	3 277,72
A 9	2 668,98		2 737,26		2 799,76	2 848,35	2 959,47	3 070,58	3 050,89	3 182,82	3 182,82	3 259,21	3 292,76	3 335,59	3 392,28	3 411,98	3 488,36
A 10	2 865,72		2 934,01	2 960,63	2 991,86	3 102,98	3 246,49	3 388,83	3 354,11	3 531,16	3 531,16	3 626,08	3 660,80	3 722,12	3 785,77	3 817,04	3 911,93
A 11	3 284,66		3 363,37	3 430,48	3 471,00	3 576,31	3 723,29	3 843,65	3 869,11	3 966,32	3 966,32	4 063,54	4 099,67	4 162,80	4 229,43	4 260,98	4 360,06
A 12	3 523,07		3 607,56	3 696,67	3 744,13	3 871,43	4 045,01	4 188,51	4 221,25	4 338,60	4 338,60	4 459,02	4 500,74	4 578,24	4 658,13	4 698,67	4 817,90
A 13	3 948,96	4 138,25	4 199,05	4 329,05	4 348,14	4 522,22	4 716,56	4 774,96	4 845,31	4 922,79	4 922,79	4 975,28	5 070,65	5 104,02	5 218,48	5 233,98	5 362,76
A 14	4 105,51	4 352,93	4 418,49	4 604,47	4 629,52	4 856,03	5 107,61	5 182,72	5 274,52	5 372,30	5 372,30	5 442,63	5 564,23	5 609,54	5 753,80	5 777,65	5 945,77
A 15	5 340,08		5 419,97		5 588,08	5 616,71	5 777,65	5 837,27	5 968,42	6 057,83	6 157,99	6 279,59	6 346,35	6 500,14	6 534,75		6 721,92
A 16	5 896,88		5 985,11		6 186,59	6 217,60	6 472,72	6 624,15	6 624,15	6 729,06	6 841,15	6 984,22	7 061,71	7 240,55	7 279,90		7 495,69

## Anhang 13

zu Art. 4 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2022 und 2023 und zur Gewährung einer Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie  
(HBesVAnpG 2022/2023)

Anlage 1

Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. August 2023

## Überleitungsstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
	Überleitungsstufe 1 zu Stufe 1	Überleitungsstufe 2 zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 5	2 268,98		2 333,83	2 346,81	2 379,83		2 406,93	2 467,08	2 526,04	2 583,82	2 636,88	2 649,84	2 586,19	2 715,90	2 646,32		2 706,45
A 6	2 319,69		2 385,72		2 442,31	2 451,76	2 497,75	2 517,79	2 566,12	2 583,82	2 636,88	2 649,84	2 705,26	2 715,90	2 781,91		2 846,78
A 7	2 416,37	2 475,34	2 484,78		2 529,57	2 559,07	2 597,98	2 641,60	2 704,10	2 724,15	2 807,86	2 890,41	2 911,63	2 949,37	2 989,46	3 008,32	3 068,47
A 8	2 560,23		2 630,97		2 692,31	2 737,11	2 787,81	2 843,25	2 922,26	2 949,37	3 055,49	3 126,24	3 151,00	3 196,98	3 245,33	3 268,92	3 339,67
A 9	2 719,42		2 788,99		2 852,68	2 902,18	2 958,79	3 015,40	3 108,55	3 128,61	3 242,98	3 320,81	3 354,99	3 398,63	3 456,39	3 476,47	3 554,29
A 10	2 919,88		2 989,46	3 016,59	3 048,41	3 161,63	3 233,55	3 307,85	3 417,50	3 452,88	3 597,90	3 694,61	3 729,99	3 792,47	3 857,32	3 889,18	3 985,87
A 11	3 346,74		3 426,94	3 495,32	3 536,60	3 643,90	3 725,26	3 793,66	3 916,29	3 942,24	4 041,28	4 140,34	4 177,15	4 241,48	4 309,37	4 341,51	4 442,47
A 12	3 589,66		3 675,74	3 766,54	3 814,89	3 944,60	4 041,28	4 121,46	4 267,67	4 301,03	4 420,60	4 543,30	4 585,80	4 664,77	4 746,17	4 787,47	4 908,96
A 13	4 023,60	4 216,46	4 278,41	4 410,87	4 430,32	4 607,69	4 647,76	4 805,70	4 865,21	4 936,89	5 015,83	5 069,31	5 166,49	5 200,49	5 317,11	5 332,90	5 464,12
A 14	4 183,10	4 435,20	4 502,00	4 691,49	4 717,02	4 947,81	5 000,07	5 204,14	5 280,67	5 374,21	5 473,84	5 545,50	5 669,39	5 715,56	5 862,55	5 886,85	6 058,15
A 15	5 441,01		5 522,41		5 693,69	5 722,87	5 886,85	5 947,59	6 081,22	6 172,32	6 274,38	6 398,27	6 466,30	6 622,99	6 658,26		6 848,96
A 16	6 008,33		6 098,23		6 303,52	6 335,11	6 525,84	6 595,05	6 749,35	6 856,24	6 970,45	7 116,22	7 195,18	7 377,40	7 417,49		7 637,36

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz über den Beitritt des Landes Hessen zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung\*)**

**Vom 9. Dezember 2021**

§ 1

Dem am 20. Juli 2021 erfolgten Beitritt des Landes Hessen zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung wird zugestimmt. Der Staatsvertrag und die Beitrittserklärung werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Beitritt zu dem Staatsvertrag nach Art. 8 Abs. 2 Satz 2 des Staatsvertrags für das Land Hessen wirksam wird, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen bekannt zu geben.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.

Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2021

Der Hessische Ministerpräsident

Bouffier

Die Hessische Ministerin  
der Justiz

Kühne-Hörmann

\*) FFN Anhang Staatsverträge

**Beitritt des Landes Hessen zum Staatsvertrag  
zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern  
über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer,  
die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben,  
zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung**

Das Land Hessen tritt dem am 1. und 31. Dezember 2012 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung gemäß Artikel 8 Abs. 1 des Staatsvertrages bei.

Der Beitritt erfolgt vorbehaltlich der noch erforderlichen Zustimmung des Hessischen Landtags.

Gemäß Artikel 8 Abs. 3 Satz 4 des Staatsvertrages tritt an die Stelle des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen das Ministerium der Justiz des Landes Hessen.

Gemäß Artikel 8 Abs. 4 Satz 3 des Staatsvertrages werden die Satzung des Versorgungswerks in der bei Inkrafttreten der Regelungen des Staatsvertrages für das Land Hessen geltenden Fassung sowie Satzungsänderungen im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntgemacht.

Gemäß Artikel 8 Abs. 4 Satz 4 des Staatsvertrages tritt an die Stelle der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen die Staatskanzlei des Landes Hessen.

Gemäß Artikel 9 Abs. 2 des Staatsvertrages erfolgt die Bekanntgabe des Ersten und Zweiten Teils des bayerischen Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen in der bei Inkrafttreten der Regelungen des Staatsvertrages für das Land Hessen geltenden Fassung sowie der anschließenden Änderungen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Staatsvertrages im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen. Gemäß Artikel 9 Abs. 3 des Staatsvertrages erfolgt die Bekanntgabe der Satzung des Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgungswerk in der bei Inkrafttreten der Regelungen des Staatsvertrages für das Land Hessen geltenden Fassung sowie der anschließenden Satzungsänderungen im Staatsanzeiger für das Land Hessen.

Wiesbaden, den 20. Juli 2021

Für das Land Hessen  
Die Ministerin der Justiz

Eva Kühne-Hörmann

**Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern  
über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer,  
die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben,  
zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung**

Das Land Nordrhein-Westfalen,  
vertreten durch die Ministerpräsidentin,  
diese vertreten durch den Finanzminister,

und der Freistaat Bayern,  
vertreten durch den Ministerpräsidenten,  
dieser vertreten durch den Staatsminister des Innern,

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Mitgliedschaft

Die nicht berufsunfähigen Mitglieder der Patentanwaltskammer sind, soweit sie natürliche Personen sind und solange sie ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, Pflichtmitglieder der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (Versorgungswerk), sofern die Satzung des Versorgungswerks keine abweichende Regelung trifft.

Artikel 2

Anwendbare Vorschriften

(1) <sup>1</sup>Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten die Artikel 1 bis 26, 28 bis 32 und 38 Abs. 2 des bayerischen Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen — VersoG — (GVB1 2008 S. 371, BayRS 763-1-1) und die Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung in den jeweils geltenden Fassungen in Nordrhein-Westfalen entsprechend. <sup>2</sup>Für das Verwaltungsverfahren einschließlich des verwaltungsgerichtlichen Vorverfahrens ist das Recht des Sitzlandes des Versorgungswerks entsprechend anzuwenden.

(2) Soweit die Satzung des Versorgungswerks Rechtswirkungen an die Einrichtung eines Kanzleisitzes in Bayern bei Zugehörigkeit zur Patentanwaltskammer knüpft, ergeben sich die gleichen Rechtswirkungen für die in Artikel 1 genannten Mitglieder der Patentanwaltskammer aus der Einrichtung eines Kanzleisitzes in Nordrhein-Westfalen.

(3) <sup>1</sup>Das Versorgungswerk hat das Recht, die von ihm erlassenen Verwaltungsakte in Nordrhein-Westfalen zu vollstrecken. <sup>2</sup>Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.

### Artikel 3

#### Übernahmebestand

(1) Für Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags die Voraussetzungen des Artikel 1 erfüllen (Übernahmebestand), gelten ergänzend zu den übrigen Regelungen dieses Staatsvertrags und der Satzung die Absätze 2 bis 5.

(2) <sup>1</sup>Personen des Übernahmebestands sind von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk ausgenommen; sie werden zur Pflichtmitgliedschaft auf schriftlichen Antrag zugelassen, soweit sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und nicht berufsunfähig sind. <sup>2</sup>Der Antrag kann nur innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrags gestellt werden. <sup>3</sup>Die Entscheidung über den Antrag ergeht rückwirkend zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags.

(2) <sup>1</sup>Auf Antrag ist für die Dauer der Mitgliedschaft im Versorgungswerk als Pflichtbeitrag nur der Grundbeitrag zu entrichten. <sup>2</sup>Die Beitragsfestsetzung erfolgt rückwirkend, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Staatsvertrags gestellt wird, sonst vom Ersten des Antragsmonats an.

(3) Wird nach Absatz 3 der Grundbeitrag gewählt, so ist § 33 Abs. 5 Satz 1 der Satzung nicht anzuwenden.

(4) <sup>1</sup>Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 finden keine Anwendung auf diejenigen Mitglieder der Patentanwaltskammer mit Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen, die vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrags bereits Mitglieder des Versorgungswerks waren. <sup>2</sup>Für Mitglieder des Übernahmebestands, die vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrags eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk erlangt haben, bleiben die für die Befreiung geltenden Bestimmungen maßgebend.

### Artikel 4

#### Aufsicht

(1) <sup>1</sup>Die vom Bayerischen Staatsministerium des Innern ausgeübte Rechtsaufsicht über das Versorgungswerk wird im Benehmen mit dem Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen wahrgenommen, soweit Belange der Mitglieder und Versorgungsberechtigten aus Nordrhein-Westfalen berührt sein können. <sup>2</sup>Das Versorgungswerk leitet dem Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen jeweils den geprüften Jahresabschluss nebst Lagebericht zu.

(2) Das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ist zu den Sitzungen des Verwaltungsrats des Versorgungswerks einzuladen.

(3) Für die Versicherungsaufsicht gilt das Recht des Sitzlandes des Versorgungswerks.

## Artikel 5

### Vermögensanlage

Das Vermögen des Versorgungswerks, das nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrags gebildet wird, soll entsprechend dem Anteil des Beitragsaufkommens der Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen am Gesamtbeitragsaufkommen des Versorgungswerks in Nordrhein-Westfalen angelegt werden.

## Artikel 6

### Auskunftspflichten

Die Patentanwaltskammer übermittelt dem Versorgungswerk Namen, Geburtsdatum und Anschrift der Kammermitglieder mit Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen sowie den jeweiligen Zeitpunkt der Einrichtung und der Aufgabe des Kanzleisitzes in Nordrhein-Westfalen (§ 26 der Patentanwaltsordnung vom 7. September 1966 (BGBl. I S. 557), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515)).

## Artikel 7

### Kündigung des Staatsvertrags

(1) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag kann von jedem der vertragschließenden Teile mit einer Frist von fünf Jahren zum Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt werden. <sup>2</sup>Vor Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrags ist eine ordentliche Kündigung ausgeschlossen. <sup>3</sup>Abweichend von den Sätzen 1 und 2 kann das Land Nordrhein-Westfalen den Staatsvertrag zum Ablauf des nächsten Kalenderjahres kündigen, wenn die Bestimmungen des bayerischen Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen gegenüber der beim Inkrafttreten dieses Staatsvertrags geltenden Fassung wesentlich geändert werden. <sup>4</sup>Eine wesentliche Änderung ist anzunehmen, wenn die Regelungen zur Aufgabe des Versorgungswerks (Versorgungsauftrag), zur Mitgliedschaft und Beitragspflicht der Mitglieder oder zu den Leistungen des Versorgungswerks nicht nur unerheblich geändert werden.

(2) <sup>1</sup>Im Fall der Kündigung übernimmt ein durch das Land Nordrhein-Westfalen innerhalb der Kündigungsfrist zu bestimmender Rechtsträger die Versorgungsverhältnisse der in Nordrhein-Westfalen beruflich tätigen Mitglieder sowie derjenigen in Nordrhein-Westfalen wohnhaften Versorgungsempfänger, die auf Grund dieses Staatsvertrags Mitglieder des Versorgungswerks geworden waren. <sup>2</sup>Auf diesen Rechtsträger gehen alle Rechte und Pflichten des Versorgungswerks aus den übernommenen Versorgungsverhältnissen über.

(3) <sup>1</sup>Es findet eine Auseinandersetzung des Vermögens nach versicherungsmathematischen Grundsätzen statt, wobei die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung im technischen Geschäftsplan festgelegten Rechnungsgrundlagen maßgebend sind. <sup>2</sup>Das zu verteilende Vermögen ergibt sich aus einer zum Tag des Wirksamwerdens der Kündigung zu erstellenden Auseinandersetzungsbilanz, wobei Verkehrswerte zugrunde zu legen sind. <sup>3</sup>Von der Summe der aktiven Vermögenswerte ist die Summe der nichtversicherungstechnischen Verbindlichkeiten abzuziehen. <sup>4</sup>Das so ermittelte Vermögen ist nach dem Verhältnis der versicherungstechni-

schen Verbindlichkeiten, die den ausscheidenden Mitgliederbestand betreffen, zu den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten des verbleibenden Bestandes des Versorgungswerks aufzuteilen; soweit nichtversicherungstechnische Verbindlichkeiten vom Rechtsnachfolger übernommen werden, sind ihm die entsprechenden Deckungsmittel zu überlassen. <sup>5</sup>Bei der Verteilung des Vermögens sind die in Nordrhein-Westfalen gemäß Artikel 5 in Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an diesen angelegten Vermögenswerte auf Verlangen auf den Rechtsnachfolger zu übertragen; bei den übrigen Vermögenswerten ist das Versorgungswerk berechtigt, Wertpapiere und Grundbesitz in Geldwert abzulösen.

(4) <sup>1</sup>Die Auseinandersetzung des Vermögens bedarf der aufsichtlichen Genehmigung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern. <sup>2</sup>Die Genehmigung wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erteilt.

## Artikel 8

### Beitritt anderer Länder

(1) <sup>1</sup>Andere Länder können diesem Staatsvertrag beitreten. <sup>2</sup>Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und, soweit die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft des beitretenden Landes erforderlich ist, mit deren Zustimmung. <sup>3</sup>Über den Eingang der Beitrittserklärung unterrichtet das Bayerische Staatsministerium des Innern das Land Nordrhein-Westfalen sowie die bis zu diesem Zeitpunkt beigetretenen Länder.

(2) <sup>1</sup>Die Regelungen des Staatsvertrags treten für das beitretende Land am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Eingang der Beitrittserklärung beim Bayerischen Staatsministerium des Innern folgt. Soweit die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft des beitretenden Landes erforderlich ist, treten die Regelungen für das beitretende Land am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Eingang der Anzeige dieser Zustimmung beim Bayerischen Staatsministerium des Innern folgt.

(3) <sup>1</sup>Mit dem Inkrafttreten der Regelungen dieses Staatsvertrags nach Absatz 2 werden vorbehaltlich des Artikels 3 die nicht berufsunfähigen Mitglieder der Patentanwaltskammer, soweit sie natürliche Personen sind und solange sie ihren Kanzleisitz in dem beitretenden Land eingerichtet haben, Pflichtmitglieder des Versorgungswerks, sofern die Satzung des Versorgungswerks keine abweichende Regelung trifft. <sup>2</sup>Die Regelungen dieses Staatsvertrags gelten für das beitretende Land sowie die Mitglieder der Patentanwaltskammer, die in diesem Land ihren Kanzleisitz eingerichtet haben, mit der Maßgabe, dass das beitretende Land jeweils an die Stelle des Landes Nordrhein-Westfalen tritt. <sup>3</sup>Soweit Regelungen dieses Staatsvertrags an den Zeitpunkt seines Inkrafttretens anknüpfen, gilt der Zeitpunkt des Inkrafttretens nach Absatz 2. <sup>4</sup>An die Stelle des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen tritt das in der Beitrittserklärung benannte Ministerium.

(4) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag sowie der Tag des Inkrafttretens für das beitretende Land sind entsprechend den Vorschriften des beitretenden Landes bekanntzumachen. <sup>2</sup>Artikel 9 Abs. 2 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die Satzung des Versorgungswerks in der bei Inkrafttreten der Regelungen dieses Staatsvertrags nach Absatz 2 geltenden Fassung sowie Satzungsänderungen sind in dem in der Beitrittserklärung benannten Publikationsorgan des beitretenden Landes bekanntzumachen. <sup>4</sup>Für die Bekanntmachung nach den Sätzen 1 bis 3 gilt Artikel 9 Abs. 4

entsprechend, wobei an die Stelle der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen die in der Beitrittserklärung benannte Stelle tritt.

## Artikel 9

### Inkrafttreten des Staatsvertrags, Veröffentlichung der anwendbaren Vorschriften

(1) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag tritt nach Zustimmung der verfassungsmäßig zuständigen Organe der vertragschließenden Länder am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt. <sup>2</sup>Der Tag des Inkrafttretens ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzugeben.

(2) <sup>1</sup>Der Erste und Zweite Teil des bayerischen Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen ist in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags geltenden Fassung als Anlage zu diesem Staatsvertrag im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen. <sup>2</sup>Änderungen der in Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 genannten Bestimmungen des bayerischen Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen werden ebenfalls im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntgemacht.

(3) <sup>1</sup>Die Satzung des Versorgungswerks ist in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags geltenden Fassung unter Hinweis auf den Staatsvertrag im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen. <sup>2</sup>Änderungen der Satzung werden im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt gemacht.

(4) <sup>1</sup>Die Bekanntmachung nach Absatz 1 erfolgt durch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. <sup>2</sup>Die Bekanntmachungen nach den Absätzen 2 und 3 erfolgen durch das Versorgungswerk.

Düsseldorf, den 31. Dezember 2012

#### **Für das Land Nordrhein-Westfalen**

Der Finanzminister  
Dr. Norbert Walter-Borjans

München, den 1. Dezember 2012

#### **Für den Freistaat Bayern**

Der Staatsminister des Innern  
Joachim Herrmann



---

**Herausgeber:** Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

**Verlag:** A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,  
Telefon (05661) 731-0, Fax (05661) 731400, Internet: [www.bernecker.de](http://www.bernecker.de)

**Druck:** Druckerei Bernecker GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Telefon (05661) 731-0

**Vertrieb und Abonnementverwaltung:**

A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel.: (05661) 731-420, Fax: (05661) 731-400  
E-Mail: [aboverwaltung@bernecker.de](mailto:aboverwaltung@bernecker.de)

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

**Bezugspreis:** Der jährliche Bezugspreis beträgt 62 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.

---

